

PROTOKOLLAUSZUG

7UM

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 28.10.2010

ÖFFFNTLICH

TOP 1 Berichtswesen in der Stadt Ludwigsburg

- Investitions-Kapazitäts-Steuerung (INKAS)

Vorl.Nr. 448/10

Beratungsverlauf:

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) und Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) berichten mit Verweis auf die Vorl.Nr. 448/10 über den Status und den derzeitigen Stand der dem jeweiligen Fachbereich zugeordneten Projekte. Sie gehen dabei insbesondere auf diejenigen Maßnahmen ein, bei denen hinsichtlich Kosten oder Terminplan der vorgesehene Rahmen voraussichtlich nicht eingehalten werden kann und informieren über die Gründe für Kostensteigerungen und zeitliche Verschiebungen.

Anschließend beantworten sie Fragen des Gremiums zum Rechtsstreit beim Projekt Akademiehof, zur energetischen Versorgung des Mehrgenerationenhauses Grünbühl-Sonnenberg, zur Anrechnung verschiedener öffentlicher Zuschüsse auf die Projektkosten, zur Nutzung von Skonto-Angeboten und der Zahlungsgeschwindigkeit von Rechnungen, zu Gewährleistungsfragen, zu Unterfangungsarbeiten beim Stadtmuseum und zur Finanzierung der Geh- und Radwegebrücken im Zusammenhang mit dem Baugebiet Neckarterrasse.

Zum Thema der Diskrepanz zwischen der Veranschlagung des Projekts Schwieberdinger Straße 46 im Haushalt und der ausgewiesenen Projektkosten sagt Frau **Barnert** zu, detaillierte Informationen nachzuliefern. Weiter bestätigt sie, dass die Verwaltung mit den notwendigen Änderungen und den aktuellen Planungen beim Kindergarten Egerländerstraße noch in den Ausschuss kommen werde.

BM **Schmid** kündigt für Januar 2011 eine Baustellenbesichtigung des Stadtmuseums in der Eberhardstraße 1 an. Ebenso werde das Gremium zur Einweihung der KO-Kaserne noch eine Einladung erhalten.

TOP 2 Bauvorhaben auf dem Flurstück 5572 im Stadtteil

Poppenweiler

- Errichtung einer Sende- und Empfangsanlage für

Vorl.Nr. 445/10

Beratungsverlauf:

Herr Mayer (FB Bürgerbüro Bauen) erinnert an den im Rahmen von früheren Berichten über das Bauvorhaben an die Verwaltung erteilten Auftrag, dem Interessenten ein Grundstück in der Nähe der Sportplätze anzubieten, wenn dadurch die Errichtung eines Sendemasts auf dem Grundstück Steinheimer Straße 48 abgewendet werden könne. Auf den jetzt vorgeschlagenen Alternativstandort habe man sich gemeinsam mit dem Interessenten als Kompromiss verständigt, die Standortbescheinigung der Bundesnetzagentur liege ebenfalls bereits vor. Zwar gebe es Einwendungen von Bürgern aus Poppenweiler, allerdings sei das Vorhaben im Außenbereich privilegiert und es bestehe ein einklagbarer Anspruch auf Genehmigung. Die Verwaltung werde das Bauvorhaben daher unter Auflagen hinsichtlich des Arbeitsschutzes und der Sicherung gegen unbefugten Zugang sowie gegen eine Abgabe zum Ausgleich der Eingriffe ins Landschaftsbild genehmigen. Die beiden kleineren Bäume, die im Zuge der Baumaßnahme fallen müssten, würden ersetzt. Abschließend weist Herr Mayer darauf hin, dass neben dem Antragsteller O2 auch Vodafone von Beginn an eine Sendeanlage auf dem Mast installieren werde. Im nächsten Jahr wolle T-Online eventuell nachziehen.

Das Gremium beurteilt den Standort für die Errichtung übereinstimmend nicht als Idealfall, sieht jedoch angesichts der zwingenden Vorgaben von Bundesgesetzen keine geeignetere Alternative.

TOP 3

Freizeitflächen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.07.2010

Vorl.Nr. 344/10

Beratungsverlauf:

Frau **Lehoczki** (FB Stadtplanung und Vermessung) erinnert daran, dass für den weggefallenen Sportplatz zunächst eine temporäre Nutzung der Seestraße ermöglicht worden sei. Mittelfristig sei es erklärtes Ziel, ausreichend Mittel für eine Umgestaltung des Straßenraums bereit zu stellen. Wenn künftig dann der Fachklassentrakt wegfalle, entstünden an dieser Stelle auch wieder Flächen, die von den Jugendlichen der Innenstadt genutzt werden könnten. Anschließend stellt sie zur Ziffer 2 des Antrags der SPD-Fraktion fünf potentielle Standorte für ein Beachvolleyball-Feld in der Innenstadt vergleichend gegenüber: die Bärenweise, den Rathaushof mit dem dortigen Spielplatz, den Arsenalplatz, den Parkplatz beim Staatsarchiv und das Parkdeck der Wilhelmgalerie. Sie zeigt die jeweiligen Vor- und Nachteile der Alternativen auf und weist auf

eventuelle Schwierigkeiten hin, die durch Nutzungskonkurrenzen, Konflikte mit der Umgebungsbebauung oder Eigentumsverhältnisse entstehen könnten. Zur Ziffer 3 berichtet sie, dass der Antrag des Uferstübles auf Einrichtung eines Beachvolleyball-Feldes positiv geprüft worden sei.

Stadtrat **Noz** unterstützt persönlich den Vorschlag, das Beachvolleyball-Feld auf der Bärenwiese einzurichten.

Stadträtin **Liepins** lehnt diesen Vorschlag ab. Auch das Dach der Wilhelmgalerie sehe sie wegen wegfallender Stellplätze kritisch.

Stadtrat **Gericke** schließt sich seiner Vorrednerin an. Als geeignet erachte er hingegen den Arsenalplatz oder eventuell auch einen Standort in der Nähe des Stadionbades.

Stadtrat Haag spricht sich ebenfalls für den Standort Arsenalplatz aus.

Stadtrat **Glasbrenner** bemängelt, dass die derzeitigen Ersatzflächen am Campus unzureichend seien. Für eine Umgestaltung der Seestraße fehlten wohl derzeit die Mittel. Das Thema müsse in absehbarer Zeit nochmals überdacht werden.

Stadträtin **Burkhardt** regt an, nicht nur das Campus-Gelände sondern die ganze Innenstadt daraufhin zu untersuchen, wo es Erholungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche gebe und welche Flächen hierfür Potential hätten. Was das Beachvolleyball-Feld anbelange, unterstütze sie dessen Einrichtung auf der asphaltierten Fläche des Rathaushofes.

Das Gremium fordert die Verwaltung weiter dazu auf, zum Thema innerstädtisches Beachvolleyball-Feld eine Beschlussvorlage über realisierbare Alternativen zu erarbeiten. Zu prüfende Kriterien seien dabei insbesondere auch Lärmbelastung, soziale Kontrolle, sanitäre Anlagen und Sauberkeit. Gemeinsam mit den Interessensbekundungen privater Bewerber solle dieses Thema wieder im Ausschuss diskutiert werden.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 12.07.2010 ist damit erledigt.

TOP 4

Dachsanierung Mathildenstraße 29/1 - Fachbereich Tiefbau und Grünflächen

Vorl.Nr. 454/10

Beschluss:

Die Vergabe der Dachdeckerarbeiten an die Firma Fritz GmbH, Gottlieb-Daimler-Straße 64/1, 71711 Murr, wird auf der Grundlage ihres Angebotes vom 14.09.2010 mit einer Vergabesumme in Höhe von 162.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf einen Sachvortrag.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Glasbrenner**, der sich danach erkundigt, ob im vorliegenden Fall ein Skonto angeboten worden sei, sagt BM **Schmid** zu, nochmals zu prüfen, ob in den städtischen Ausschreibungstexten regelmäßig und deutlich genug dazu aufgefordert werde, Skonto anzubieten.

Sodann lässt er über die Vorl. Nr. 454/10 abstimmen.